

Inhaltverzeichnis

Einführung

I. Erkenntnisinteresse	1
1 Rechtfertigung der Polizeikostenerstattung	1
2. Erfordernis eigenständiger öffentlich-rechtlicher Regelungen	3
3. Aufgaben und Fragestellungen für ein neues Polizeikostenrecht	4
a) Aufbau eines einheitlichen Rechtssystems	4
b) Verschuldensabhängigkeit bei der Kostenerstattung gegenüber dem Störer ...	5
c) Bedeutung der Gefahrenvorsorge als Begründung weiterer Kostenerstattung ...	5
II. Perspektive der Rechtsvergleichung	6
1. Das Ziel bzw. die Funktion der Rechtsvergleichung	6
2. Methodische Ansätze der Rechtsvergleichung	7
3. Möglichkeit einer neuen Systematisierung durch die Rechtsvergleichung ...	8
4. Richtungen der Rechtsvergleichung nach deren Schwerpunkten	8
II. Gang der Untersuchung	9
1. Grundlage des Polizeikostenrechts in Deutschland	9
a) Rechtscharakter der Polizeikostenerstattung	9
b) Arten und Rechtfertigung der Polizeikostenerstattung	9
c) Polizeikostenerstattung bei Versammlungen	10
d) Kostenerstattung bei der Brandbekämpfung und der Rettung	10
2. Rechtsvergleichung	11
3. Fehlen eines ausdifferenzierten Polizeikostenrechts in Südkorea und Japan ...	11
4. Vorschlag für ein neues Polizeikostenrecht	12

Teil 1. Das Polizeikostenrecht in Deutschland

Kapitel 1. Begriff und Rechtscharakter der Polizeikosten	13
A. Der Begriff der Polizeikosten	13
B. Der Rechtscharakter des Instituts der Polizeikosten	14
I. Das System der Geldleistungspflichten und die Polizeikosten	14
1. Steuern	15
2. Beiträge	15
3. Gebühren	15
II. Gebührenbegriff	16

I.	Herkömmliche Auffassung	17
2.	Der formelle Gebührenbegriff	17
3.	Der materielle Gebührenbegriff	18
4.	Der doppelgliedrige Gebührenbegriff	18
5.	Stellungnahme	18
III.	Kriterien für die individuelle Zurechnung als Rechtfertigung der Gebühren ...	19
1.	Verursacherprinzip	19
2.	Vorteilsprinzip	20
3.	Interessenprinzip	20
4.	Stellungnahme	20
IV.	Die verfassungsrechtlichen Anforderungen an die Gebührenerhebung	21
1.	Das Steuerstaatsprinzip	21
2.	Keine Doppelbelastung	22
V.	Prinzipien zur Beschränkung der Gebührenerhebung	23
1.	Verschuldensprinzip	23
2.	Äquivalenzprinzip	23
3.	Kostendeckungsprinzip	24
4.	Verhältnismäßigkeitsprinzip	25
	 Kapitel 2. Arten der Polizeikostenerhebungen und deren Rechtfertigung	26
A.	Nichterfüllungsgebühren	26
I.	Störergebühren (Gefahrenabwehrgebühren im engeren Sinne)	27
1.	Theoretische Klassifikation nach der Art des Störers	27
a)	Verhaltensstörergebühren	27
aa)	Begriff des Verhaltensstörers	27
bb)	Rechtfertigung der Verhaltensstörerhaftung	28
cc)	Kausalität	30
(1)	Äquivalenztheorie	30
(2)	Adäquanztheorie	30
(3)	Theorie der rechtswidrigen Verursachung	31
(4)	Theorie der unmittelbaren Verursachung	31
dd)	Sonderfälle: Kostenerstattung bei der Befreiung von Geiseln im Ausland ...	32
b)	Zustandsstörergebühren	35
aa)	Begriff des Zustandsstörers	35
bb)	Rechtfertigung der Zustandsstörerhaftung	35
(1)	Sozialbindung des Eigentums	35
(2)	Rechtskreistheorie	36

(3) Kritik	36
(a) Kritik an der herrschenden Auffassung	36
(b) Kritik an der Rechtskreistheorie	37
2. Gesetzliche Klassifikation nach der Art der polizeilichen Maßnahmen	38
a) Gebühren für die unmittelbare polizeiliche Ausführung	38
b) Vollstreckungsgebühren im engeren Sinne	39
aa) Ersatzvornahmegebühren	40
bb) Gebühren für den unmittelbaren Zwang	41
c) Sonderfälle: Gebühren für einzelne Maßnahmen	41
aa) Gebühren für die Ingewahrsamnahme	41
bb) Gebühren für die Sicherstellung und Verwahrung	42
cc) Sonstige Fälle	42
II. Gefahrenquellengebühren	43
1. Ausgangspunkt	43
2. Möglichkeiten der Kostenbelastung als Störer	44
a) Zustandsstörer	44
b) Verhaltensstörer	44
aa) Theorie der unmittelbaren Verursachung	44
bb) Theorie vom Zweckveranlasser	45
(1) Subjektive Theorie	45
(2) Objektive Theorie	45
(3) Vorteilstheorie	46
3. Möglichkeiten der Kostenbelastung von Nichtstörern	47
a) Rechtfertigung und Anknüpfungspunkte der individuellen Zurechnung ... 48	48
aa) Zivilrechtliche Pflichten	48
bb) Öffentlich-rechtliche Pflichten	50
(1) Legitimation der Verkehrssicherungspflicht gegen den Angriff Dritter ... 51	51
(2) Unterscheidung der Verkehrssicherungspflicht vom Selbstschutz ... 53	53
b) Erforderlichkeit der Kostenerhebung	53
c) Aktuelle Möglichkeiten der Kostenerhebung	54
aa) Anknüpfung an privatrechtliche Regelungen	54
(1) Schadensersatz	54
(2) Geschäftsführung ohne Auftrag	54
bb) Anknüpfung an öffentlich-rechtliche Regelungen	55
d) Der Umfang der Kostenerhebung	57
e) Kostenverteilung bei festgestelltem Verhaltensstörer	59
f) Kostenerstattung bei nichtkommerziellen Veranstaltungen	61
4. Die Berufsfreiheit als Schranken der Kostenerhebung	62

a) Inhalt der Berufsfreiheit und die Dreistufentheorie	62
b) Anwendung der Dreistufentheorie auf die Gefahrenquellengebühren	63
5. Gegenwärtige Rechtslage bei privaten Großveranstaltungen	63
a) Baden-Württemberg	64
b) Niedersachsen	65
c) Hessen	65
d) Bremen	65
e) Zum Bedürfnis einer länderübergreifenden Kostenregelung	66
III. Ergebnis	66
 B. Verwaltungsinanspruchnahmegebühren	66
I . Begriff und Rechtfertigung der Verwaltungsinanspruchnahmegebühren	67
II. Gebühren bei technischen Fehlalarmen	67
1. Die Alarmierungen als Antrag auf Verwaltungsleistungen	68
2. Gebühren im Fall von gerechtfertigten Alarmierungen	68
3. Toleranzschwelle bei Alarmen	68
4. Weitere Ansätze für die Rechtfertigung der Gebührenerhebung	69
5. Gegenwärtigen Regelungen für die Kostenerhebung	69
III. Unterscheidung gegenüber der menschlichen Falschalarmierung	70
1. Rechtfertigung der Kostenbelastung bei Gefahrenverdacht bzw. Anscheinsgefahr ...	70
2. Verschuldensabhängige Haftung	71
3. Spezielle Bestimmungen für die Erhebung von Störergebühren	73
4. Verhältnismäßigkeitsprinzip bei Gebühren für Falschalarmierungen	74
IV. Vergebliche polizeiliche Suche nach Vermissten	74
 Kapitel 3. Polizeikostenerstattung bei Versammlungen	75
I . Besondere Bedeutung der Versammlungsfreiheit	75
II. Störergebühren bei Versammlungen	76
1. Sanktionscharakter	77
2. Anwendung der gesamtschuldnerischen Haftung	78
III. Gefahrenquellengebühren unabhängig vom Vorliegen einer konkreten Gefahr ...	79
1. Grundsätzliche Möglichkeit der Erhebung von Gefahrenquellengebühren ...	80
2. Rechtslage in Deutschland	80
IV. Verwaltungsinanspruchnahmegebühren bei der Verfügung von Auflagen ...	80
1. Pro und Contra	81
2. Differenzierende Lösungen	81
3. Rechtscharakter von Gebühren	82
4. Bestimmtheitsanforderungen an die Gebührentatbestände	83

V. Ergebnis	83
Kapitel 4. Kostenrecht der Feuerwehrgesetze	84
I. Aufgaben der Feuerwehr	84
1. Pflichtaufgaben und freiwilligen Aufgaben	84
2. Brandabwehr und technische Hilfeleistungen	85
II. Nichterfüllungsgebühren	86
1. Störergebühren	86
a) Verschuldensabhängige Verhaltensstörergebühren	87
b) Verschuldensabhängige Kostenerstattung bei Falschalarmierung	88
c) Zustandsstörergebühren	89
2. Gefährdungshaftung	90
3. Unterschiede zwischen der Zustandshaftung und der Gefährdungshaftung ...	91
a) Voraussetzungen	92
b) Zurechnungszusammenhang	92
c) Vorrang der Verhaltenshaftung	92
d) Konkurrenz zwischen Zustandshaftung und Gefährdungshaftung	93
III. Verwaltungsinanspruchnahmegergebühren	94
1. Gebühren für freiwillige Aufgaben	94
2. Gebühren bei technischen Fehlalarmen	94
IV. Gegenüber dem Feuerwehrgesetz spezielle Kostengesetze	95
V. Unterschiede zur Kostenerstattung nach dem Polizeikostenrecht	96
1. Störerhaftung bei Verschulden	96
2. Verhaltensstörergebühren	96
3. Gefährdungshaftung	96
Kapitel 5. Privatisierung als Kostenabwälzung auf den Bürger	97
I. Fragestellung	97
II. Diskussion um Privatisierung von Polizeiaufgaben	97
1. Grundformen der Privatisierung	97
2. Entpolizeilichung und privater Sicherheitsdienst	98
3. Kritik an der Privatisierung von Polizeiaufgaben	99
III. Polizeirechtliche Prinzipien im Bereich der Privatisierung	100
1. Das Opportunitätsprinzip	100
2. Das Subsidiaritätsprinzip	102
IV. Ergebnis	104

Teil 2. Das Polizeikostenrecht in den USA

I. Die Erstattung von Polizeikosten aufgrund von Satzungen in den USA	106
1. Das Prinzip von Dillon (die <i>Dillon's Rule</i>)	106
2. Das Prinzip der Autonomie (<i>Home Rules</i>)	107
II. Nichterfüllungsgebühren	108
1. Schadensersatz nach dem Zivilrecht und <i>FSDP</i>	108
a) Zur Bedeutung von <i>FPSD</i>	108
aa) Begriff	108
bb) Zustimmende Rechtsprechung	109
(1) Rechtsprechung im Bund: <i>Flagstaff</i> als ein bahnbrechender Fall	109
(2) Rechtsprechung in den Bundesstaaten	110
(a) <i>Cherry Hill</i> Fall	110
(b) <i>Bridgeton</i> Fall	110
cc) Unterscheidung von der <i>firefighter's rule</i>	110
b) Die Kontroverse um die <i>FPSD</i>	111
aa) Erste Meinung: Einwände gegen die <i>FPSD</i> im Ganzen	111
(1) Erstes Argument: Ungerechtigkeiten	111
(a) Missbrauch des Deliktsrechts	111
(b) Wertungswiderspruch bei der Kostenbelastung	112
(2) Zweites Argument: Kein festes Prinzip des <i>Common Law</i>	112
(3) Drittes Argument: Aktivismus der Judikative	112
bb) Zweite Meinung: Nötige Differenzierung im Bereich der <i>FPSD</i>	112
cc) Dritte Meinung: Festhalten an <i>FPSD</i>	113
(1) Erstes Argument: <i>FPSD</i> als eigenes Prinzip des Schadensersatzrechts ...	113
(a) Keine Pflicht von Deliktstätern, das Vorgehen der Polizei zu verhindern ...	113
(aa) <i>Mayor of Morgan City v. Jesse J. Fontenot, Inc.</i>	114
(bb) <i>County of San Luis Obispo v. Abalone Alliance</i>	114
(b) Ausgaben des Staates ist kein Schaden	114
(2) Zweites Argument: Nebenwirkung übermäßiger Klagen	115
(3) Drittes Argument: Lösung durch öffentlich-rechtliche Regelungen ...	116
2. Störergebühren	117
a) <i>Public Nuisance</i> als ein der Gefahrverursachung vergleichbarer Begriff ...	117
b) Rechtsprechung und das Erfordernis von öffentlich-rechtlichen Regelungen ...	118
c) Öffentlich-rechtliche Regelungen in verschiedenen Bereichen	118
aa) Bei Notmaßnahmen in der Folge von Verkehrsvergehen	119
(1) Kalifornien	119
(2) Virginia	119

(3) City and Borough of Juneau	120
bb) Bei privaten Veranstaltungen, die eine konkrete Gefahr verursachen ...	120
cc) Bei dem Abschleppen rechtswidrig abgestellter Fahrzeuge	122
(1) Kompetenz für das Abschleppen	122
(2) Rechtmäßigkeit des Verfahrens bezüglich der Kostenerstattung	123
dd) Bei chronischer polizeilicher Störung	123
(1) Die <i>Chronic Nuisance</i> Satzung von Pittsburgh	124
(2) Die <i>Chronic Nuisance</i> Satzung von Coaldale	125
(3) Die <i>Chronic Nuisance</i> Satzung von Milwaukee	125
3. Gefahrenquellengebühren	125
a) Der Streit um die Anwendung des Schadensersatzes gegen Waffenunternehmen ...	125
aa) Rechtscharakter der Kostenerstattung gegen Waffenunternehmen	126
bb) Weitere Anhaltspunkte für <i>FPSD</i> bei Gefahrenquellengebühren	126
cc) Lösung durch öffentliche Regelungen	127
b) Öffentlich-rechtliche Regelungen bei privaten Großveranstaltungen ...	127
aa) Definitionen	127
bb) Genehmigungsantrag – wenn erforderlich – und Antragsgebühren ...	129
cc) Kostenerstattung	129
c) Bei Gefahrgütertransporten	131
III. Verwaltungsinanspruchnahmegergebühren	131
1. Bei Fehlalarmen	132
2. Hinweise auf Falschalarmierung	132
IV. Kostenerstattung bei Versammlungen	133
1. <i>Sullivan</i> Fall bezüglich Gefahrenquellengebühren	134
a) Satzung für die Kostenerhebung	134
b) Rechtsbeeinträchtigung durch die überhöhte Schätzung	134
2. <i>Forsyth</i> Fall bezüglich Verwaltungsinanspruchnahmegergebühren	134
a) Satzung für die Kostenerhebung	134
b) Keine hinreichend bestimmten Kriterien für Antragsgebühren	135
V. Kostenerstattung bei Brandbekämpfungs- und Rettungsmaßnahmen	135
1. Störgebühren	135
a) Bei der fahrlässigen Verursachung von Bränden	135
b) Bei der Verursachung von Rettungseinsätzen	136
2. Gebühren im Zusammenhang mit medizinischen Dienstleistungen	137
VI. Ergebnis	138

Teil 3. Das Polizeikostenrecht in England

I. Prinzipien der polizeilichen Kostenerstattung	140
II. Störgebühren	142
1. Ursprung und Begriff der <i>Public Nuisance</i> (öffentliche Störung)	142
2. Störgebühren für das Abschleppen eines Gefahr verursachenden Kfz ...	143
III. Gefahrenquellengebühren	144
1. Diskussionen um die Rechtfertigung der Kostenerstattung	145
2. Rechtsgrundlage	146
a) Kostenerstattung nach dem Vertragsrecht gemäß § 25 Polizeigesetz von 1996 ...	146
aa) Historische Entwicklung der Rechtslage in England	148
bb) Problematik und Kritik des Falls <i>Glasbrook</i>	148
cc) Debatte um einen impliziten Antrag	149
b) Debatte um die Kostenerstattung aus Bereicherungsrecht	150
aa) Ansprüche aus ungerechtfertigter Bereicherung	151
bb) Verneinung einer ungerechtfertigten Bereicherung	151
cc) Kritik der unter bb) dargestellten Auffassung	151
dd) Argumente gegen Ansprüche aus ungerechtfertigter Bereicherung ...	152
3. Einordnung der <i>speziellen polizeilichen Dienstleistungen</i>	152
4. Merkmale der <i>speziellen polizeilichen Dienstleistungen</i>	153
a) Kriterien des Richters <i>Neill</i> im Fall <i>Harris</i>	153
aa) Nicht gegen konkreten Gefahren	153
bb) Veranstaltung auf privatem Grund	154
cc) Bei Veranstaltungen mit privatem Zweck	154
dd) Polizeieinsätze über das übliche Niveau hinaus	155
b) Weitere Konkretisierung durch die ACPO	155
aa) Kostenerstattung bei kommerziellen Veranstaltungen	155
bb) Keine Kostenerstattung bezüglich verfassungsrechtlicher Rechte	156
5. Umfang der Kostenerstattung	156
6. Gefahrenquellengebühren außerhalb privater Großveranstaltungen	156
a) Kostenerstattung für die Sicherung von Einrichtungen zur Gasversorgung ...	156
b) Kostenerstattung für die Sicherung im Umkreis von Gaststätten	157
7. Zwischenergebnis	158
IV. Verwaltungsinanspruchnahmegergebühren	159
V. Kostenerstattung bei Versammlungen	161
1. Störgebühren	161
2. Gefahrenquellengebühren	161
VI. Kostenerstattung bei Brandbekämpfungs- und Rettungsmaßnahmen	162

VII. Ergebnis	163
---------------------	-----

Teil 4. Das Polizeikostenrecht in Frankreich

I. Öffentliches Dienstleistungsrecht und Polizeikostenerstattung in Frankreich ...	164
1. Unentgeltlichkeitsprinzip bei der Erfüllung von Pflichtaufgaben	164
2. Kostenerhebung bei überobligationsmäßigen Leistungen	165
II. Störergebühren	165
1. Abschleppgebühren	166
2. Gebühren gegenüber Betrunkenen	166
3. Kostenerstattung im Fall der Hilfeleistung und Geiselbefreiung im Ausland ...	167
4. Zur Begrenzung der Zustandshaftung	168
III. Gefahrenquellengebühren	168
1. Polizeikostenerstattung auf den Autobahnen	169
a) Die gesetzlichen Regelungen	169
b) Rechtsprechung und Literatur	169
c) Kritik	170
2. Kostenerstattung bei privaten Großveranstaltungen	170
a) Sportliche Veranstaltungen	171
b) Beispiel für eine sonstige Veranstaltung: Flohmärkte	172
3. Gebühren für die Flugsicherung	172
IV. Verwaltungsinanspruchnahmegergebühren	174
1. Gebühren bei technischen Fehlalarmen	174
2. Unterschiede gegenüber der menschlichen Falschalarmierung	175
V. Kein Kostenerstattung bei Versammlungen	175
VI. Kostenerstattung bei Brandbekämpfungs- und Rettungsmaßnahmen	176
1. Störergebühren	176
a) Kostenerstattung bei Brandstiftung	176
b) Keine Störergebühren für Rettungsmaßnahmen	176
2. Verwaltungsinanspruchnahmegergebühren bei Krankentransporten	177
VII. Ergebnis	178

Teil 5. Die Grundlagen des Polizeikostenrechts in Südkorea und Japan

I. Übersicht über die gegenwärtige Lage	179
II. Gebührenerehebung für die Abschleppdienstleistung als einzige konkrete Regelung ...	181
1. Südkorea	183
2. Japan	184

III. Theoretische Bemerkungen	184
1. Über den Charakter von Störergebühren	184
2. Zur Rechtfertigung der Gefahrenquellengebühren	184
3. Begriffliche Unterscheidung der Verwaltungsgebühren	185
IV. Problematische Bereiche	185
1. Im Bereich von Störergebühren	186
a) Rechtswidrige Demonstrationen	186
b) Falschalarmierungen	186
2. Im Bereich von Gefahrenquellengebühren	186
3. Im Bereich der Verwaltungsinanspruchnahmegerbühren	187
V. Ergebnis	188

Teil 6. Vorschläge für ein neues Polizeikostenrecht in Südkorea

I. Die Notwendigkeit eines einheitlichen und systematischen Polizeikostenrecht ...	189
1. Rechtsstaatliche Widerspruchsfreiheit der Rechtsordnung	190
a) Im Allgemeinen	190
b) Erforderlichkeit des Systematisierung der Kostenerstattung	190
2. Kostenerhebung für die Erfüllung von Pflichtaufgaben	191
a) Einordnung des Unentgeltlichkeitsprinzips für die Erfüllung von Pflichtaufgaben ...	191
b) Ungeeignetheit von privatechtlichen Kostenerstattungen im Bereich der Pflichtaufgaben ...	192
aa) Prüfung des Schadensersatzes in den USA	193
bb) Zum Vertragsrecht in England	194
cc) Prüfung der ungerechtfertigten Bereicherung in England	194
c) Kostenerhebung durch öffentlich-rechtliche Regelungen	195
3. Polizeiliche Kostenerhebung als Verwaltungsgebühren	195
a) Individuelle Zurechenbarkeit aufgrund der Verursachung von Dienstleistungen ...	195
b) Kosten als Kriterium der Höhe von Verwaltungsgebühren	196
4. Differenzierung der polizeilichen Verwaltungsgebühren	196
a) Gegenstand der Polizeilichen Kostenerstattung	196
b) Störer-, Gefahrenquellen- und Verwaltungsinanspruchnahmegerbühren ...	196
II. Störergebühren im Allgemeinen	197
1. Allgemeine Bestimmung für den Begriff des Störers	197
2. Rechtfertigung der Störergebühren	197
3. Formen der Bestimmung für Störergebühren	198
III. Verschuldensabhängige Verhaltenstörergebühren	198
1. Entwicklung der Verantwortlichkeit in Deutschland	198
a) Ohne Rücksicht auf das Verschulden	198

b) Verschuldenserfordernis	199
c) Die gerichtliche Praxis	200
d) Die frühere Polizeigesetzgebung in Deutschland	200
2. Ergebnisse des Rechtvergleiches	200
3. Verschuldenserfordernis	201
a) Keine Gründe für die Verantwortlichkeit ohne Verschulden auf der Sekundärebene	201
b) Sanktionscharakter	201
c) Allgemeine Handlungsfreiheit mit Verschuldensprinzip	202
d) Unterschiedlicher Rechtscharakter der Gefährdungshaftung	203
4. Zusätzlicher Vorschlag: Keine Kostenbelastung bei leichter Fahrlässigkeit ...	203
IV. Keine Zustandsstörergebühren	204
1. Zum Fehlen der Merkmale des Störerbegriffs	204
2. Sanktion ohne Beziehung zum Verhalten	205
3. Keine Verbindung mit Sozialbindung des Eigentums	206
4. Die Annäherung an den Gedanken des Verhaltensstörers	207
a) Beschränkung der Zustandsverantwortlichkeit	207
aa) Rückgriff auf die Risikosphärentheorie	208
(1) Einordnung als Nichtstörer	208
(2) Beschränkung auf Duldungspflicht als Störer	209
bb) Umkehrschluss aus der Rechtskreistheorie	209
b) Fortwirken der Zustandsverantwortlichkeit auch nach Dereliktion	209
5. Hinweise auf andere Länder und Rechtgebiete	210
6. Konkreter Vorschlag: Aufgabe des Begriffs der Zustandsstörergebühren ...	211
a) Partielle Subsumption unter die Verhaltenstörung	212
b) Unterschiedliche Einordnung der Stellung des Eigentümers auf der jeweiligen Ebene ...	213
V. Gefahrenquellengebühren	215
1. Gefahrenvorsorge als eine staatliche Pflicht	215
2. Rechtfertigung der Gefahrenquellengebühren	215
a) Verkehrssicherungspflicht des Inhabers der Gefahrenquellen	216
b) Das Subsidiaritätsprinzip	216
c) Kein Verstoß gegen das Verhältnismäßigkeitsprinzip	216
3. Entwicklung der privaten Sicherheitsindustrie und Gefahrenquellengebühren...	217
a) Anlass der Forderung der polizeilichen Kostenerstattung	217
b) Missverständnis der Privatisierung der Gefahrenabwehr	217
4. Konkrete Bestimmungen bei der Kostenerhebung	218
5. Umfang der Kostenerstattung	218
6. Kostenverteilung bei festgestelltem Verhaltensstörer	219
7. Rückzug der Kostenerstattung bei nichtkommerziellen Veranstaltungen ...	219

VI. Verwaltungsinanspruchnahmegerbühren.....	219
1. Begriff und Rechtfertigung	219
2. Gebühren bei technischen Fehlalarmen	220
3. Unterscheidung von menschlich verursachte Fehlalarmen	220
4. Sonstige Verwaltungsinanspruchnahmegerbühren	221
VII. Beschränkung der Kostenersstattung bei Versammlungen	221
1. Besondere verfassungsrechtliche Bedeutung der Versammlung	221
2. Störergebühren	221
3. Keine Gefahrenquellengebühren	222
4. Keine Verwaltungsinanspruchnahmegerbühren	223
Fazit	224
Literaturverzeichnis	227